

Wahlfieber unter Thailands Politikern

Seit ein paar Wochen laufen die Wahlvorbereitungen für Thailands Nationalversammlung auf vollen Touren. Während die Mehrheit der Bevölkerung eher gleichgültig das Treiben der Politiker beobachtet, hat in Parteikreisen das große Feilschen begonnen, werden die Chancen der diversen Kandidaten bestimmt, die sich dann an den meistbietenden Wahlverein zu verschachern suchen. Frühere Parlamentsmitglieder haben aufgrund ihrer Erfahrung und des Netzes ihrer Beziehungen den höchsten Marktwert. Parteienwechsel, diktiert durch Angebot und Nachfrage in Sachen Geld und parteiinterner Machtposition, gehören zur Alltagsroutine thailändischer Politiker. Einige von ihnen verlangten jüngst für ihren Übertritt zur militärhörigen Samakki Tham Party 33 Millionen Baht (rund 2 Millionen DM) und eine Position im Leitungsausschuß, nachdem ihnen eine andere Partei bereits 25 Millionen geboten hatte.

Doch nicht nur um Personen wird gefeilscht. In Absprachen der Parteien untereinander wird bereits die künftige Regierungsmannschaft ausgeküngelt. Die drei Parteien Chart Thai, Samakki Tham und Social Action Party haben sich zu einem Bündnis zusammengeschlossen und die Möglichkeit

angedeutet, daß entgegen jeglicher demokratischer Spielregeln mit der Regierungsführung auch eine parteiunabhängige, sich den Wahlen nicht gestellte Person denkbar wäre – eine unverhohlene Einladung an den amtierenden Armeechef General Suchinda. Nur mit Begriffen wie Pragmatismus, Opportunismus, Prinzipienlosigkeit und Machthunger läßt sich der Umstand charakterisieren, daß just zwei dieser Parteien von eben diesem General vor einem Jahr aus der Regierung weggeputscht wurden, daß das Militär gegen einige ihrer heute wie damals führenden Köpfe Verfahren wegen Machtmißbrauch und Korruption angestrengt hat. Mehr denn je gerät der diesjährige Urnengang zur Wahlfarce, in der die künftige Regierung inklusive des Premierministers bereits festzustehen scheint.

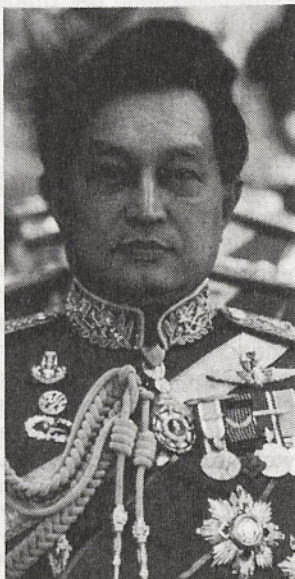
Resignativ und larmoyant wirken da oft die Stellungnahmen kritischer Akademiker wie Prof. Likhit Dhiravegin von der Thammasat-Universität, der das Treiben thailändischer Politiker mit dem Fehlen jeglicher politischer Prinzipien, moralischer oder ethischer Grundsätze, Würde und Selbstachtung kommentiert. So hatten an erster Stelle Korruptionsvorwürfe gegen die Chatchai-Administration dazu gedient, dem Militär die Rechtfertigung

für den Putsch am 23. Februar '91 zu liefern. Ein eigens eingesetzter Untersuchungsausschuß hatte dann herausgefunden, daß einige Kabinettsmitglieder, Premier Chatchai eingeschlossen, während ihrer Amtszeit Geldgeschenke in Höhe von mehreren hundert Millionen Baht (15 Baht = 1 DM) ganz offensichtlich gegen die Vergabe von Geschäftsprivilegien erhalten hatten. Doch mit Ausnahme Chatchais selbst seien die meisten der erwiesenermaßen der Korruption überführten Regierungsglieder in die politische Arena zurückgekehrt. Einige unter ihnen suchten der drohenden Konfiszierung ihres illegal erworbenen Vermögens dadurch zu entgehen, indem sie sich einer der dem Militär nahestehenden Parteien anschlossen. Einer der Hauptkontrahenten der gegenwärtigen Militärführung, Stellv. Ministerpräsident und Stellv. Verteidigungsminister unter Chatchai, General Arthit Kamlangek, spielt heute eine führende Rolle in der vom Militär kontrollierten Samakki Tham Party.

Wenig Illusionen hinsichtlich Korruption und Stimmenkauf hegt auch Dr. Gothom Arya, ein führender Menschenrechtler Thailands, und gegenwärtig durch die Anand-Regierung mit der Bildung einer Kontrollkommission beauftragt, die als neutraler Beobachter, bestehend aus 32 bekannten Univer-

sitätslehrern und NRO-Mitarbeiter und unterstützt durch rund 10.000 Helfer, meist Studenten, für einen fairen Verlauf der Wahlen sorgen soll. „Die Strukturen der Korruption sind dem politischen System Thailands inhärent, sie durchlaufen das System von seiner Spitze bis zur Basis“, meint er. Mächtige Gruppen im Lande kaufen und manipulieren ganze Parteien, die ihrerseits kaufen Abgeordnete, diese wiederum sogenannte Stimmenwerber, die mit viel Geld in der Tasche über die Städte und Dörfer ziehen, Dorfchefs und lokale Führer auf ihre Seite ziehen, die dann den Stimmenkauf unter den Wählern organisieren. Hier an der untersten Basis unter den Landbewohnern kommen ihnen dann die traditionellen Muster der Autoritätshörigkeit und moralischen Verpflichtung entgegen, die den Bauern so handeln lassen, wie ihm befohlen wird. Nur langfristig, durch breite gesellschaftliche Teilnahme und durch den Aufbau von horizontalen Institutionen und Organisationen unter der lokalen Bevölkerung, so Dr. Gothom Arya, kann dieser Mechanismus durchbrochen werden.

vgl. BP 6., 12., 20., 26. 1., 3., 7. 2. 92



Suchinda

(FEER, 19.12.'92, S. 20)

Studentenkampagne gegen zukünftigen Militär-Premier

Die Studentenunion Thailand, der Dachverband der Studentenorganisationen aller staatlichen und privaten Universitäten sowie Fachhochschulen, kündigte am 2. Februar eine landesweite Kampagne an, deren Ziel es ist zu gewährleisten, daß mit der zukünftigen Regierungsbildung ein gewähltes Parlamentsmitglied beauftragt wird. Sie forderten den amtierenden Armeechef und obersten Putschistenführer, General Suchinda, dazu auf, sein Amt niederzulegen und bei den kommenden Wahlen zu kandidieren, falls er Ambitionen auf den Premierministerposten

hege. Aus Reihen des Militärs und einiger Parteien waren in den letzten Wochen wiederholt Stimmen laut geworden, die General Suchinda als kommenden Regierungschef ins Gespräch brachten.

vgl. BP 3.2.92

Maulkorb für die Presse

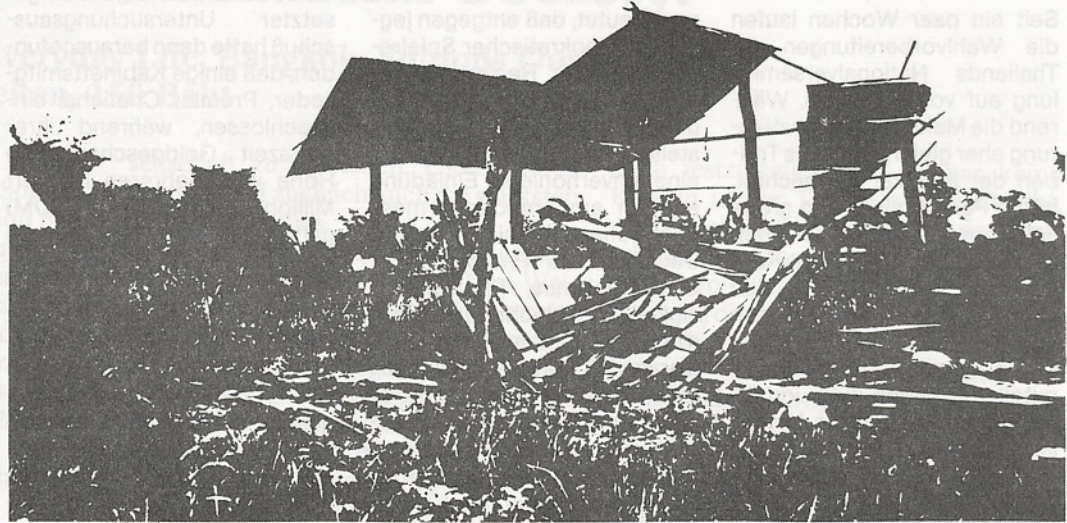
Am 24. Januar verabschiedete die thailändische Nationalversammlung in aller Hast und unter dem unüberhörbaren Protest praktisch aller Zeitungen des Landes eine Gesetzesänderung, welche das Strafmaß in Sachen übler Nachrede und Verleumdung drastisch heraufsetzt. Die thailändische Presse war sich einig in der Einschät-

zung, daß diese Gesetzesrevision die Meinungsfreiheit einschränkt und dazu dienen soll, den Medien einen Maulkorb zu verpassen. Als Einschüchterungsmaßnahme ziele sie darauf, kritische Meinungen und Stellungnahmen insbesondere gegenüber den Putschisten und dem herrschenden Militär zum Schweigen zu bringen. Während das Militär zwei der nationalen Fernsehkanäle direkt, zwei andere über die Regierung kontrolliert, ist es den Generälen kaum gelungen, auf die Presse Einfluß zu nehmen, die sich während der Debatten um eine neue Verfassung nahezu geschlossen auf die Seite der opponierenden Parteien, NROs und Studenten gestellt hatte.

vgl. BP 10.2.92

Land- vertreibung durch das Militär

Erneut kam es Ende des vergangenen Jahres, diesmal in der nordöstlichen Provinz Chaiyaphum, zu einer gewaltsamen Vertreibung von Bauern durch das Militär. Rund 200 Familien eines Dorfes im Distrikt Thep Sathit, die vorwiegend von Obstanbau und Viehzucht leben, wurden am Weihnachtssabend von einer großen Übermacht an Soldaten aus ihren Hütten geholt, diese niedergeworfen, die Bewohner auf Lastwagen gepackt und in einer Nachbarprovinz auf freiem Feld ohne Dach über dem Kopf wieder ausgesetzt. „Alles ging so schnell, wir hatten noch nicht einmal Zeit, uns auf unsere Evakuierung vorzubereiten“, klagte ein Bauer, der seinen Namen aus Angst nicht genannt haben möchte. Für die Bauern bedeutet die Vertreibung Verlust ihres Landes, welches seit Generationen bebaut wird, Verlust ihrer Ostbäume, Verlust ihres Lebensunterhalts. Die neue Siedlung, in einer trockenen und unfruchtbaren Gegend gelegen und von Zuckerrohrplantagen umgeben, gibt den Bauern wenig Hoffnung für die Zukunft. Die Straße dorthin ist schlecht ausgebaut und unpassierbar während der Regenzeit, nur ein Brunnen ist vorhanden, der während der heißen Jahreszeit austrocknet. Es gibt keine Schule für die Kinder, kein Weideland für die zahlreichen Büffel und Kühe der Bauern, vor allem aber ist den Bauern außer für ihren Hausbau noch kein Land zugeeignet worden, entgegen den vorherigen Zusicherungen. „Von was sollen wir leben, wenn die Essensvorräte aufgebraucht sind, die uns die Soldaten gegeben haben?“, fragt ein betroffener Bauer und deutet dabei auf eine Fischkonserve, deren Haltbarkeitsdatum seit langem abgelaufen ist. „Die Militärs behandeln uns schlimmer als Tiere“, klagt eine ältere Frau. Den legalen Rahmen für die Vertreibung bildet ein umstrittenes Gesetz (in Thai „Khor Jor Kor“ genannt), welches der



Forstbehörde erlaubt, 250.000 Familien allein im Nordosten Thailands zum angeblichen Zweck der Wiederaufforstung von zuvor deklariertem „Forest Reserve Land“ unter Mithilfe des Militärs umzusiedeln. Auf dem freigewordenen Land werden in aller Regel dann Plantagen mit schnellwachsenden Kulturen, z.B. Eukalyptusbäumen für die Papierindustrie, angelegt. Ähnliche Evakuierungen gegen Ende letzten Jahres hatten in einem anderen Teil des Nordostens zum erbitterten Widerstand der Bauern geführt. Während dieser Protestaktionen war es auch zur vorübergehenden Verhaftung von Bauernführern, studentischen Unterstützern und eines Mönches gekommen, was im Lande für sehr viel Aufsehen sorgte. Bäuerliche Organisationen, unterstützt von Umweltgruppen, Studentenvereinen und Akademikern, fordern eine sofortige Einstellung dieses Programmes, insbesondere aller Evakuierungsmaßnahmen, die Vergabe von Land- und Nutzungsrechten und Einbeziehung der Bauern in Wiederaufforstungsmaßnahmen auf der Grundlage einer diversifizierten Nutzung. In einer überraschenden Kehrtwendung ließ Anfang Februar der Innenminister, General Issarapong, bislang einer der glühendsten Verfechter des gigantisch Umstellungsprogramms, erkennen, daß die Durchführung des Programms viele Mängel habe, unter denen die Bauern zu leiden hätten. Offensichtlich war

er in den letzten Monaten unter Druck eigener Stellen wie der Provinzgouverneure geraten, die immer mehr Mühe hatten, diese unpopulären Maßnahmen durchzusetzen und ihre eigene Machtbasis dahinschwinden sahen. Zur Verblüfung aller bedankte sich der General, einer der Führer des Februar-Putsches vom letzten Jahr und als Nachfolger von Armeechef Suchinda im Gespräch, bei den Studenten und

Universitätslehrern, ihn auf die Fehler und Unzulänglichkeiten des Programms hingewiesen zu haben. Große Schwierigkeiten bestehen insbesondere bei der Suche nach geeignetem Land für die Neuansiedler, räumte der Innenminister ein. Unklar blieb allerdings, welche Folgen diese Eingeständnisse für die Fortsetzung des Umsiedlungsprogramms haben wird.

vgl. BP 19.12.91,
5., 8., 13.1.92

Dem neuen Wiederaufforstungsgesetz den Kampf angesagt

Umweltschutzgruppen von 16 thailändischen Universitäten und Fachhochschulen haben in einer gemeinsamen Erklärung ihren Widerstand gegen ein neues Gesetz zur kommerziellen Wiederaufforstung angekündigt, welches Anfang Februar '91 dem Parlament zur abschließenden Lesung vorgelegt wurde. Sie machen in ihrer Stellungnahme deutlich, daß das Gesetz in seiner vorliegenden Form einzig industriellen Privatinteressen diene und die Bauern weiter benachteilige. Zahlreiche internationale wie auch im Lande durchgeführte Studien haben erwiesen, daß großflächige Eukalyptusplantagen eine umweltschädliche Wirkung auf den Boden wie auch auf die

Flora und Fauna der Umgebung haben. Anbau von industriell verwertbaren Monokulturen haben mit Wiederaufforstung nichts gemein, er führe bloß zur Vertreibung der Bauern und der Aneignung ihrer wichtigsten Ressource, nämlich Land, durch städtische Unternehmen. „Oberflächlich gesehen, sind Maßnahmen zur Wiederaufforstung zu begrüßen. Aber Wiederaufforstung in kommerziellem Gewand dient nicht dem Schutz der Natur, denn nach ein paar Jahren werden die Plantagen erneut gerodet, und die Gewinne daraus kommen noch einmal den ländlichen Kommunen zugute“, so der Wortlaut der Erklärung.

vgl. BP 8.2.92